

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@levspd.de
www.fraktion.levspd.de

Leverkusen, 19. März 2018
jf/F.4-028

Antrag: Forderungen an die Bundesregierung zur Nachrüstung von Diesel-Fahrzeugen und Fahrverboten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

Der Rat der Stadt fordert die Bundesregierung auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen um die Hersteller von Diesel-PKW, bei denen die Werte zur Schadstoffarmut nicht eingehalten wurden, dazu zu verpflichten, die Nachrüstkosten zur Herstellung der zugesagten Schadstoffwerte zu übernehmen. Sollten dazu gesetzgeberische Maßnahmen notwendig sein, sind diese einzuleiten.

Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, möglichst kurzfristig eine einheitliche Lösung für Fahrverbote von Diesel-PKW vorzulegen. Dabei ist zu gewährleisten, dass diese für die Kommunen umsetzbar sind.

Begründung:

Das Urteil ist gesprochen, die Medienwelt der Republik legt los. „Diesel-Desaster“, „Wer's verbockt hat, soll zahlen“ und „Schlechte Luft in deutschen Städten“ sind nur eine kleine Auswahl der Schlagzeilen. Über das Thema wird viel gesprochen, teils wütend, teils ratlos, meist wütend und ratlos.

Die Autobauer und die Bundespolitik schlendern von Dieselpflicht zu Dieselpflicht und beweisen dabei regelmäßig eine frappierende Kurzsichtigkeit. Am Ende musste ein Gericht entscheiden, dass die Städte einfach Fahrverbote für Dieselfahrzeuge verhängen können. Alle haben dieses Urteil mit zitternden Händen erwartet, dabei hätte es keinen Unterschied gemacht, wenn das Gericht anders entschieden hätte. Die Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub in der Luft sind rechtlich bindend und sanktionsbewehrt. Irgendetwas hätte passieren müssen. Die Bürger und Städte löffeln nun die versalzene Suppe aus.

Die Autobauer haben betrogen. Und das, obwohl es Ihnen schon leicht gemacht wurde. Die Prüfung der Emissionswerte für die Euro5 Norm auf dem Rollstand war realitätsfern. Und trotzdem wurde noch mit Softwarepaketen betrogen. Das ist schon weit jenseits von dreist. Und die staatlichen Kontrollinstanzen haben zwei Augen zugeedrückt und Betriebs-erlaubnisse für diese Fahrzeuge ausgestellt. Der Käufer eines Fahrzeuges verlässt sich darauf, dass das, was er kauft, den gesetzlichen Grenzwerten entspricht.

Empörend ist, dass Fahrverbote nicht die Verursacher treffen, sondern die Bürger und ihre Gemeinden. Die Käufer von Dieselfahrzeugen erleiden einen massiven Wertverlust ihres Autos. Und die Gemeinden werden mit dem Problem der Luftreinhaltung alleingelassen.

Nur wie soll ein Fahrverbot funktionieren? Die Konsequenzen eines allgemeinen Fahrverbots sind nicht auszumalen. Und deshalb geht das Geschacher los: Ausnahmegenehmigungen für Handwerker, für das Logistikgewerbe usw. Nur irgendwann ist kaum noch nachvollziehbar, warum nur die privaten Haushalte auf ihr Auto verzichten sollen.

Leverkusen ist eine Autostadt. Hier treffen sich Autobahnen quasi in der Innenstadt. Innerstädtischer Stau ist leider Normalität. Und was die Grenzwerte angeht: betroffen ist den Messungen zufolge die Gustav-Heinemannstraße. Hier messen wir hohe Stickoxidwerte. Wenn der Bund nicht mit einer anderweitigen Lösung aufwartet, dann werden Fahrverbote denkbar. Aber zum Glück nicht für alle. Die Autos auf der Autobahn dürfen weiterfahren, wir Leverkusener aber kommen nicht mehr durch die eigene Stadt.

Wenn die Bürger und die lokale Wirtschaft nicht die Leidtragenden sein sollen, dann gibt es eigentlich nur einen kurzfristigen Weg, um Fahrverbote zu verhindern: Die technische Umrüstung der Dieselaautos. Bezahlt von den Herstellern.

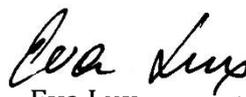
Im nächsten Schritt müssten die Zulassungskriterien für neue Autos angepasst werden. Es dürfen nur noch Autos verkauft werden, die unter normalen Bedingungen die Grenzwerte einhalten. Die Autobauer müssten dann in neue, saubere Motoren investieren. Mit dem durchschnittlichen Austauschzyklus von alten gegen neue Autos würde sich die Luftbelastung bereits in 5 Jahren erheblich reduzieren. Nach 10 Jahren wären kaum noch die alten Schmutzschleudern in Verkehr und das Problem gelöst.

Langfristig kommen wir nicht darum herum, eine Verkehrswende einzuleiten: Die Autos sind ja nicht nur ein „Umwelt“-Problem, sondern auch eine ungemaine Belastung für die Infrastrukturen und den Flächenverbrauch. Wir brauchen endlich eine deutschlandweite Strategie für die Verkehrswende. Schon heute ist Stau in den Metropolregionen wie unserer an der Tagesordnung. Die Städte platzen aus allen Nähten. Wir brauchen einen immensen Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender



Eva Lux
Bürgermeisterin